

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Freisinn ohne Gemeinsinn?"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

«Freisinn ohne Gemeisinn?»

Der Titel «Freisinn ohne Gemeisinn?» ist 25 Jahre alt. Er steht über einer Broschüre, die der freisinnige Publizist Jürg Tobler 1972 veröffentlicht hat. Darin lesen wir Sätze wie: «Liberale Politik verweigert sich im letzten jeder wirtschaftlichen Ideologie, auch der kapitalistischen.» – «Ist die Freiheit, sich mit Währungsspekulation auf Kosten ganzer Volkswirtschaften zu bereichern, etwa die Freiheit, die der Liberale meinen kann?» – «Ist die Freiheit, Entwicklungsländer mit Waffen zu beliefern, seine Freiheit?» – «Ist die Freiheit zur Besitzkonzentration, zur Fusion der Mächtigsten, seine Freiheit?» – «Die Liberalen scheinen den Verlust obrigkeitlicher Autorität nur mit der Begründung einer neuen Autorität, derjenigen des Marktes, überwunden zu haben.» Konkret sprach sich Tobler für staatlich garantierte soziale Sicherheit, für die Mitbestimmung der Arbeitenden in der Wirtschaft und für eine Kommunalisierung des Bodens in den Ballungszentren aus.

Es wäre der Auftakt zu einer verheissungsvollen Grundwertedebatte in der schweizerischen FDP gewesen, was Tobler damals in seinem «Aufruf zu einer Belebung des Liberalismus» – so der Untertitel der erwähnten Schrift – vortrug, wenn sich nicht auch bestätigt hätte, was dieser Vertreter eines echten Liberalismus befürchtete: dass nämlich «die liberalen Kräfte just in der Partei, die eine Sammlung von Liberalen zu sein vorgibt, in die Minderzahl geraten sind». Heute tritt diese Minderheit nicht einmal mehr als solche in Erscheinung. Diesen Eindruck gewinnt jedenfalls, wer das erste «Grundwertepapier» studiert, das eine freisinnige Kantonalpartei, die FDP des Kantons Zürich, erarbeitet und an ihrem Parteitag vom 13. Januar 1997 «mit überwältigendem Mehr» verabschiedet hat. Werte wie «Gerechtigkeit», «Friede» (ins-

besondere auch «sozialer Friede») oder «Bewahrung der Schöpfung» kommen darin überhaupt nicht vor. Statt dessen reduziert sich das «Bekenntnis» der kantonalzürcherischen FDP auf «Freiheit, Verantwortung, Leistung, Sicherheit, Offenheit». Der «Gemeisinn» bleibt bei diesen «Grundaussagen», wie sie hier genannt werden, einmal mehr auf der Strecke.

«Freiheit, Verantwortung, Leistung»

Wer «Freiheit, Verantwortung, Leistung» zu Grundwerten erklärt, orientiert sich an einem *Menschenbild*, das die Selbsteinschätzung der bestverdienenden 20 Prozent widerspiegeln soll, die im Kanton Zürich über die Hälfte des Gesamteinkommens und über 86 Prozent des Gesamtvermögens verfügen: am autonomen Menschen, der «seines Glückes Schmied» sein will und auf dem Markt bestehen, ja durch den Wettbewerb zu immer neuen Leistungen motiviert werden kann. (Da es unter den obersten 20 Einkommensprozent immer mehr Wähler und Wählerinnen auch von links und grün gibt, ist an dieser Selbsteinschätzung vermutlich vieles auch nur die Projektion jener kleinbürgerlichen Mentalität, die in der FDP Platz greift.)

«Freiheit» wäre in der Tat ein Grundwert, wenn sie nicht auf materielle Freiheiten wie Eigentumsfreiheit oder Handels- und Gewerbefreiheit verkürzt würde. In nichts zeigt sich die Verschiebung vom politischen Liberalismus zum Wirtschaftsliberalismus deutlicher als in der Reduktion der Freiheit auf «Wettbewerbsfreiheit» und «Deregulierung» in diesem «Grundwertepapier». Die demokratische Freiheit, die durch massive wirtschaftliche Interessen gefährdet ist, die Pressefreiheit, die sich in ständiger Auseinandersetzung mit Verle-

gern und Grossinserenten behaupten muss, die Meinungsäusserungsfreiheit, die keinen Kündigungsschutz genießt – alle diese ideellen Freiheitsrechte, die vor den materiellen Freiheiten des Eigentums und der Wirtschaft immer wieder kapitulieren müssen, sind dem kantonalzürcherischen «Liberalismus» offenbar keine «Grundaussage» wert.

Die Praxis sieht nicht besser aus. Im Kantonsrat mehren sich freisinnige Disziplinierungsversuche gegenüber Kirchen und Hilfswerken, die nicht bereit sind, «Markt» und «innere Sicherheit» höher zu werten als «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung». In der FDP des Kantons Zürich gab es auch keinen Aufstand des liberalen Gewissens gegen Erlass und Vollzug der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht oder gegen überbordende Gefängnisbauten. Diesen Konzessionen an die Fremdenfeindlichkeit entspricht ein Hang zur Intoleranz gegenüber linken und grünen Stimmen, die von der Asyl- bis zur Drogenpolitik das Erbe des liberalen und rechtsstaatlichen Denkens antreten. Der *Bourgeois* obsiegt über den *Citoyen* – wie immer, wenn der Wirtschaftsliberalismus den politischen Liberalismus verdrängt.

«*Verantwortung*» wäre allenfalls ein Grundwert, wenn es diesem Papier dabei nicht in erster Linie um «Risikokapital», «Abbau der Staatsschulden» und «Selbstvorsorge», letztlich um das vermeintliche Eigeninteresse des Besitzbürgertums, sondern auch um «Solidarität» ginge. Solidarität wäre sowohl gegenüber der Gesamtgesellschaft (Gemeinwohl) als auch gegenüber den Benachteiligten (Option für die Armen) gefragt. Doch in dieser Hinsicht hat «*Verantwortung*» hier nur eine sehr beschränkte Reichweite (insofern als «aktive Entwicklungshilfe» und «integrative Drogenpolitik» einen eher zufällig anmutenden Eingang in dieses Papier gefunden haben).

Was sollen ferner «*Leistung*» und «*Leistungsbereitschaft*» in einem Grundwertekatalog? Derartige «Sekundärtugenden» sind nur schon deshalb keine Grundwerte, weil sie für beliebige, mehr oder weniger ehrenwerte Ziele eingesetzt werden kön-

nen. Auf «*Leistung*» beruht ja nicht nur die legale Wirtschaft, sondern auch die Mafia... Wenn «*Leistung*», wie es sich für ein FDP-Papier gehört, im Dienst der wirtschaftlichen Effizienz stehen soll, dann wäre zu fragen: Leistung und Effizienz wozu? Um den mörderischen Standortwettbewerb besser zu bestehen? Um mehr Überstunden aus denen herauszupressen, die noch Arbeit haben? Oder umgekehrt gefragt: Was geschieht mit all den Leistungswilligen, die erwerbslos sind? Wenn Leistung ein Grundwert wäre, dann müssten sie zuerst ein «Recht auf Leistung», sprich: auf Arbeit, garantiert erhalten.

«*Sicherheit*» statt sozialer Friede? – «*Offenheit*» für wen?

«*Sicherheit*», nicht Friede, auch nicht sozialer Friede, heisst der vierte «Grundwert» im kantonalzürcherischen FDP-Papier. Es geht hier um «*Sicherheit von Personen und Eigentum*» bis zum «*Mitwirken bei internationalen Sicherheitsaufträgen*». Soziale Sicherheit bleibt zwar nicht ganz aussen vor, aber sie wird eingeschränkt auf den «gezielten Schutz der sozial Schwachen» und die für die FDP gerade noch «tragbare Finanzierung der wichtigsten (offenbar nicht aller und schon gar keiner neuen – W.Sp.) Sozialwerke». Dass es der FDP um einen ideologischen Systemwechsel geht, präzisiert die Kantonsratsfraktion, die in ihren «*Zielen*» das «*Giesskannenprinzip bei Subventionen und Sozialleistungen*» durch das «*Bedarfsprinzip (individuelle, bedürfnisgerechte Leistungen)*» ersetzen will (Medienorientierung vom 14. März 1996).

Im Klartext bedeutet dieser Systemwechsel eine *Distanzierung vom Sozialstaatsprinzip*. Staatliche Hilfe soll nur noch den «wirklich Bedürftigen» zukommen. Der Rechtsanspruch der Betroffenen weicht dem Ermessen einer Politik, die sich anmasst, zwischen «unechten Bedürftigen» und «wirklich Bedürftigen» zu unterscheiden. Ein ehemaliger NZZ-Redaktor, der inzwischen selber eine IV-Rente bezieht, hat seine Kritik an diesem System-

wechsel auf den Punkt gebracht: «Die Botschaft lautet gleich zu Beginn: Trau keinem Bedürftigen, er könnte ein sozialer Schmarotzer sein... Bedürftig sein heisst (materiell) abhängig sein, abhängig sein heisst unfrei sein; andere bestimmen darüber, welche materiellen Bedürfnisse noch befriedigt werden dürfen, was einem Bedürftigen noch zusteht. Selber seit kürzerer Zeit invalid, fragt man sich, ob wirklich jemand die soziale Sicherung in diesem Land stärker auf die Abhängigkeit von Beamten gründen will, die feststellen müssen, wer «wirklich bedürftig» ist, und ob man ein solches System tatsächlich liberal nennen kann» (NZZ, 16.4.96).

Damit nicht genug, wird auch das Bedarfsprinzip noch auf ein *Fürsorgeprinzip* relativiert, indem die FDP die bedarfsgerecht ermittelten Altersbeihilfen abschaffen und damit die Renteneinkommen der sozial schwächsten Betagten und Behinderten im Kanton Zürich um 10 Prozent kürzen will. So steht es zwar nicht im «Grundwertepapier», so aber ist es die erklärte Absicht von Regierung und Fraktion. Der Gang zur Fürsorge würde damit für viele Betagte und Behinderte unvermeidlich. Dabei will die FDP die Hemmschwellen gegenüber der öffentlichen Fürsorge aber nicht etwa senken, sondern im Gegenteil noch erhöhen. Sozialleistungen sollen nämlich «rückzahlbar» gemacht und das Sozialhilfegesetz «nach falschen Anreizen» durchforstet werden.

Dieselbe neoliberale Handschrift vertritt die regierungsrätliche «*Haushaltsanierung*», die der freisinnige Finanzdirektor als «bürgerliches Sparprogramm» bezeichnet. Sparen dient gar nicht in erster Linie der Haushaltsanierung, sondern dem ideologischen Zweck, den Sozialstaat durch den Fürsorgestaat, wenn nicht gar durch das US-amerikanische Modell privater Wohltätigkeit, zu ersetzen. Den Nutzen haben die höchsten Einkommensklassen, die seit den 80er Jahren durch immer neue «Steuergeschenke» bedient wurden und noch werden. Auf der Strecke bleibt der *soziale Friede*, der eben noch zu den «Standortvorteilen» der Wirtschaft zählte.

Wenn aber die Bereitschaft fehlt, den sozialen Frieden zu erhalten, müssen die zu erwartenden sozialen Konflikte mit staatlicher Gewalt verhindert werden. Eine FDP, die sich auf diesen neoliberalen Kurs begibt, sucht den Staat daher überall einzuschränken, nur nicht bei der Aufrüstung des *Polizei- und Repressionsapparates*. Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsparlaments hat bereits 1994 ein freisinniges Postulat überwiesen, das die Regierung auffordert, bei der Sanierung der Staatsfinanzen den «Schutz der öffentlichen Sicherheit als prioritäre Staatsaufgabe» zu betrachten. Wird der soziale Friede zum Non-valeur, so hat wiederum der politische Liberalismus das Nachsehen.

«*Offenheit*» ist auch kein Grundwert, da die Frage nach ihrem Grund oder Ziel selber offen bleibt. Wir könnten über diese Unzulänglichkeit den Mantel der Barmherzigkeit ausbreiten, wenn das freisinnige Grundwertepapier unter der Rubrik «Aussehenbeziehungen» nicht das gerade Gegenteil von «Offenheit» festschreiben würde, indem es hier die «konsequente Verwirklichung des 3-Kreis-Modells» fordert. Man reibt sich die Augen: Ausgerechnet das ausländerepolitische Drei-Kreise-Modell, das den Bundesrat gezwungen hat, gegenüber der Antirassismus-Konvention einen Vorbehalt anzubringen, und das von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus inzwischen als in seinen Grundzügen «rassistisch» bezeichnet wird, soll als Zeichen freisinniger «Offenheit» gelten...

Am meisten erstaunt, wie *wenig grundsätzlich* die FDP des Kantons Zürich ihre Grundwerte debattiert. Die neoliberalen Versatzstücke, die mit diesem Anspruch daherkommen, sind in ihrer Oberflächlichkeit eine intellektuelle Zumutung. Vor allem aber vermischen wir eine sozialliberale Minderheit, die sich gegen den neoliberalen Kurs der Mehrheit in dieser Partei zur Wehr setzen und auf eine klärende Auseinandersetzung über «politischen Liberalismus» versus «Wirtschaftsliberalismus» oder über «Soziale Marktwirtschaft» versus «Marktwirtschaft ohne Adjektive» dringen würde.